

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Köstleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köstleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köstleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten; die 48 mm breite Millimeterzeile 8 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenstell 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Arten.

Nr 17

Sonnabend, den 7. Februar 1931.

44. Jahrgang

Das Programm des Kanzlers. Großer Tag im Reichsparlament.

Die Trübungen sind überflüssig. In der Diplomatologie wohnen die Vertreter der fremden Mächte den Verhandlungen bei. Das Haus selbst weiß zu Beginn der Sitzung noch starke Säulen auf. Auf der Regierungsbank haben der Reichskanzler und die Mitglieder des Reichskabinetts Platz genommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abgeordneter Stöcker (Komm.), mit der Beratung eine dringliche Interpellation seiner Fraktion zu verbinden, in der u. a. erklärt wird, es hätte in den letzten Tagen unter den bürgerlichen Parteien einschließlicher der Deutschen Volkspartei Verhandlungen über Einheitsverträge stattgefunden, die die faktische Diktatur legalisieren sollten.

Die Interpellation wird darauf mit der Tagesordnung verbunden, nämlich der zweiten Befugnis des Reichshaushaltsgesetzes für 1931, beginnend beim Haushalt des Reichsfinanzplans und der Reichsanleihe. Mit der Beratung ist der nationalsozialistische Antrag auf Auflösung des Reichstages durch den Reichspräsidenten verbunden.

Der Präsident erteilt dem Abg. Dr. Goebbels (Nat.-Soz.) wegen einer vorangegangenen Bemerkung in der letzten Sitzung nachdrücklich einen Ordnungsruf und gibt dann dem Reichskanzler das Wort.

Reichskanzler Dr. Brüning

wird von den Kommunisten mit lebhaften Zurufen: „Hungerkämpfer“ und „Hungerkanzler“ empfangen. Er betont zunächst, daß angelehnt der politischen und wirtschaftlichen Krise die parlamentarische Erledigung des Reichshaushalts eine Frage ersten Ranges ist.

Es ist nicht meine Absicht, so erklärt der Kanzler, eine programmatische Erklärung über alle mit diesem Etat im Zusammenhang stehenden Fragen hier abzugeben. Die Beratung dieses Haushalts ist nicht ein rein wirtschaftlicher Akt. Sie ist im großen Teil bedingt durch weltwirtschaftliche Einwirkungen, aber sie ist zugleich eine Krise des Vertrauens in die Stabilität der deutschen Politik und der deutschen Wirtschaft (hier richtig rechts). Deshalb hält die Reichsregierung es für außerordentlich einschneidend, daß der Etat auf normalem parlamentarischen Wege erledigt wird. Die Reichsregierung ist der Ansicht, daß es im Interesse der Reichsregierung wie dieses Hauses liegt, daß vom Artikel 48 möglichst wenig Gebrauch gemacht wird. Wir müssen auch im Interesse der Kreditwürdigkeit wünschen, daß die parlamentarische Beratung unter allen Umständen die Regel bleibt. Der Haushalt ist so aufgestellt, daß Sparsamkeit und vorläufige Schöpfung obwalten. (Zurufe des Oppositionslinken: „Gut“, „Gut“, „Gut“.) Bei gewissen Einnahmeveränderungen besteht allerdings eine Abhängigkeit von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Regierung ist schon seit langem der Ansicht, daß etwaige Mindererträge bei den Einnahmeveränderungen nicht durch neue Steuern oder durch Schuldenerhöhung gedeckt werden können, sondern durch Senkung von Ausgaben und weitere Ersparnisse.

(Zurufe von den Kommunisten: „Welcher Ausgaben denn?“) Bislang sind in keinem Monat die internen passiven Beschreibungen der Reichsregierung hinsichtlich des Einnahmeverfalls irgendwie erreicht worden. Die Regierung hat sich in diesen ihren Forderungen mit einer Reihe von Parteien gefunden, vor allem mit der Deutschen Volkspartei. (Abgeordneter Trörger (Komm.): Jetzt kommt die Verhängung des Herrn Dingeldey! — Große Heiterkeit. — Ein anderer Kommunist ruft: Dingeldey aufhören! — Erneute große Heiterkeit.) Es hat sich ergeben, daß eine Meinungsvereinbarung besteht. Die Regierung hat um die Ermächtigung gebeten, im Laufe des Etatsjahres weitere Ersparnisse zu machen, die aber erst möglich sind, wenn gewisse Reformen durchgeführt sind. (Zurufe des Oppositionslinken: „Gut“, „Gut“.) Die Regierung in ihren Maßnahmen zur Vorbereitung der Reparationslösung. (Sehr war bei den Regierungsparteien.) Die Reparationsfrage ist nicht nur für Deutschland außerordentlich bedrückend, sondern sie greift auch in die gesamte Weltwirtschaft dauernd hinein. Wir müssen uns die Freiheit nehmen, für alle handelspolitischen Ziele, die von der bisherigen Politik nicht abzuweichen dafür zu sorgen, daß wir die Reparationsleistungen, so lang eine andere Gesamtsituation nicht ergibt ist, zu erfüllen, daß wir sie aus eigener Kraft unter Stärkung der eigenen Landwirtschaft und Industrie leisten. Die Regierung ist gefonnen, die gesamte Wirtschafts- und Finanzpolitik so aufzubauen auf lange Sicht, daß wir eine Gesamtlösung sicher vorbereiten können.

Im übrigen ist die Reichsregierung nicht gelungen, sich das Tempo und den Zeitpunkt besonderer Schritte aus innerpolitischen Gründen diktieren zu lassen. (Beifall bei der Mehrheit, Unruhe rechts.)

Die Regierung wird sich nicht aus Populärgründen in Situationen hineinmanövrieren lassen, aus denen nicht eine Befreiung der Lage, sondern eine Schädigung des deutschen Volkes entstehen kann.

(Beifall und Unruhe.) Es ist gelungen, mit Vertretern der Landwirtschaft zu einer Einigung über einen Gesamtplan zur Rettung der Landwirtschaft zu kommen (Lachen und Unruhe rechts). Es besteht Übereinstimmung darin, daß die Rettung der Landwirtschaft auf lange Sicht nicht allein auf

Sollmaßnahmen beruhen kann (Zuruf d. Komm.): Wo bleibt der Gesamtplan zur Rettung der Landwirtschaft? Darauf kommt ich auch noch.

Diese Maßnahmen sollen aber nicht den Zweck haben, diese Selbsthilfe der Landwirtschaft irgendwie zu lähmen.

Sie sollen, in Übereinstimmung mit dem Telegramm des Herrn Reichspräsidenten an das Präsidium des Reichslandbundes, dahin zielen, den Landwirten den Mut und das Vertrauen auf die eigene Kraft wiederzugeben.

Die Frage der Arbeitslosigkeit ist ganz besonders dadurch erschwert und verschärft worden, daß in den vergangenen Monaten Arbeitslose aus dem Auslande zu erheblicher weiterer Steigerung der Arbeitslosigkeit beigetragen habe.

Die Reichsregierung hat deshalb eine Kommission eingeholt, um den Gesamtplan der mit der Arbeitslosigkeit zusammenhängenden Fragen zu untersuchen. (Lärmende Zurufe b. d. Komm.) Die Reichsregierung begrüßt auch die Tatsache, daß eine Reihe von Parteien sich zu einer Lenkerung der Gesamtplanung zusammengefunden habe (lärmende Zurufe links. — Zurufe b. d. Nat.-Soz.: Es lebe die Demokratie!). Fehler der Vergangenheit müssen vermeiden werden, dann wird auch eine Sicherung unserer finanziellen Maßnahmen auch für die Zukunft gegeben sein. (Beifall b. d. Mehrheit.)

Präsident Hebe teilt den Eingang eines kommunistischen Mißtrauensantrages gegen die Reichsregierung mit.

Abg. Stöcker (Nat.-Soz.)

beantragt, die Beratungen abzubrechen, um zu den bedeutungsvollen Rundgebungen der Reichsregierung Stellung nehmen zu können.

Der Antrag wird gegen die Rechte einschließlicher der Wirtschaftspartei abgelehnt.

Die Ansprache.

In der Ansprache erklärt als erster Redner Abg. H. Brückner (Komm.) das Wort. Er erklärt zunächst, die kommunistische Partei sei die einzige antiparlamentarische Partei, und nennt es symbolisch, daß zunächst ein kommunistischer Abgeordneter die Kanzlerrede beantwortet. Die wertvollste Botschaft habe im historischen Mißverständnis zu den Anfängen des Kanzlers; man denke nur an den Empfang, den sie ihm in Oberösterreich bereitet hat. (Anzusehen hat sich der Saal fast völlig geleert.)

Abgeordneter Dr. Goebbels (Nat.-Soz.)

der dann das Wort erhält, wird von den Kommunisten mit ununterbrochenen Zurufen empfangen u. ruf ein kommunistischer Abgeordneter: Das ist der germanische Zapf! Präsident Hebe muß mehrfach um Ruhe bitten. Abgeordneter Dr. Goebbels erklärt, es ist bemerkenswert, daß es der Kanzler überhaupt noch für notwendig gefunden habe, vor diesem Reichstag seine Politik zu verteidigen und daß er nicht einfach auch schon diese Erklärung auf dem Wege der Notverordnung abgegeben habe. Daß der Kanzler programmatische Erklärungen nicht habe abgeben wollen, sei außerordentlich bedauerlich. Es hätten in der Regierungserklärung die Feststellungen über die Ursache der Krise. Die Tatsachen festzustellen, die jeder kenne, habe heute keinen Zweck mehr; die Frage gehe nach den Gründen. Das Volk nehme zu den Taten des Reichskanzlers heute schon eine ganz andere Stellung ein als das sogenannte hohe Haus (Präsident Hebe rief dies aus). Die Regierungspolitik sei nicht dazu angetan, zu einer Vertrauenskrise zu führen. Das Ausland werde dazu auch dann keine Veranlassung sehen, wenn der Haushalt durch die drakonischen Maßnahmen im Gleichgewicht gehalten werde.

Wenn die Welt jetzt mehr und mehr die Notwendigkeit einer Vertrauenskrise erkenne, so sei das dem Umfange zu verdanken, daß am 14. September 6 1/2 Millionen Deutsche gegen das bisherige System Protest eingelegt hätten (Lebhafte Beifall b. d. Nat.-Soz.).

Wie das Kabinett über den Young-Plan denke, habe man gestern aus einer Erklärung des Reichsarbeitseministers entnehmen können, der dem Reichstag über den Young-Plan als abgedrohte Phrasen bezeichnet habe (Hui-Rufe rechts). Der Redner erinnert an die Notlage des Bauernstandes und des Mittelstandes; das Reich sei ohne Geld und ohne die Länder, die die Städte länden vor dem Bankrott. Es ist nicht wahr, so ruft der Redner dem Reichstag zu, daß wir diese Notlage wollen, diese Katastrophe haben Sie beigegeben! (Lebhafte Zustimmung des Saals.) Die öffentliche Ruhe und Ordnung werde in Deutschland nur gefährdet durch die Existenz dieser Regierung. Die eigenen Väter der Weimarer Verfassung hätten diese Verfassung durchbrochen. Der Hauptverrat, den man der Opposition vorwerfe, werde tatsächlich von der Regierung betrieben (Beifall b. d. Nat.-Soz.). Der Redner erklärt, einen Ordnungsruf, Herr Kaas habe gelegt, die Staatsmacht müsse seinen Platz geben. Das möge die Young-Parteien mit (Beifall). Der nationalsozialistische Aufbruch ist ein Elementarereignis, das man auch mit Geschäftsordnungsmaßnahmen nicht zum Stillstand bringen kann. Mit 180 Mann würden wir heute bei Neuwahlen in den Reichstag kommen (lebhafte Beifall b. d. Nat.-Soz.). Wir haben oft als Mitglieder in der Wüste den Mut erhoben, den wir heute in der Gestalt einer ganzen Nation erheben werden: Deutschland erhebt! (Heulrufe bei den Nat.-Soz. und stürmische Handclatschen.)

Abg. Solmann (Soz.)

beginnt seine Ausführungen mit der Erklärung, daß man nach dem hemmungslosen Gefühlsausbruch, den man jedoch erlebt habe, darüber gewißheit sein könne, wo die Grenzen der Psychiatrie begännen. Die Herren Goebbels und Brüning könnten gemeinsam einen Salon für politische Astrologie aufmachen. (Lebh. Zurufe auf b. d. Soz.) Der Redner betont, daß wir auf dem Höhepunkt des größten Hungerwinters seit dem Kriegsende ständen. Wir haben eine verheerende Wirtschaftskrise und eine Hochkonjunktur für politische Phrasen und Wunderdoktoren.

Die Sozialisten und die Republikaner Deutschlands sind zu höchsten Aktivität erwacht. Dieser Winter zeigt, daß alle Verdrüse, illegal zur Macht zu kommen, an der politischen Vernunft und an der physischen Kraft der Arbeiterklasse scheitern.

Der Stahlhieb mit seinem Volksgehören in Preußen, die Nationalsozialisten mit ihrem Antrage auf Reichsausschließung wollen neue Panikstimmung erzeugen. Der Wahn geht ihnen über alles. Diese Politik hat zum Ziel, die höhere Unfähigkeit der Wirtschaft, vermehrte Erwerbslosigkeit, neue Vermittlung der Staatsfinanzen, neue Kapitalflucht, neue Kreditwürdigkeiten, neue Zinsänderung, gezielten Ruin mittelständischer und bäuerlicher Existenzen, neue Gefahren für Sozialrenten und Beamtengehälter, neuen Lohnabbau, weiteres Herabdrücken des Lebensstandards, die Deutschen und die internationalen kapitalistischen Wirtschaftsführer waren unfähig, den Weltkrieg zu verhindern, waren unfähig, ihn rechtzeitig zu beenden, unfähig, die sich ergebenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Nation, der Deflation und des Niederganges der gesamten Wirtschaft zu meistern. In Deutschland waren die freilich völlig politische Söldner zu dingsen, um die kapitalistische Krise in eine Schuld der marxistischen Arbeiter unzulässig.

Politische Wirren in Deutschland würden den Versuch weiterer Willkür und Renten und neue Steuern für die Massen bringen. Es droht uns die Diktatur des Monarchkapitalismus; er will eine kapitalistisch gefesselte Wirtschaft und eine faktisch-gesesselte Arbeiterkraft. Dem Gemisch von Unfähigkeit und Unehrlichkeit, das die Nationalsozialisten darstellen, liefern wir unter Volk nicht aus. Der Reichskanzler hat in Köln dem Volk die politische Kraft beifällig. Dieses Volk hat das Recht, eine Regierung zu fordern, die das Volk wirklich ist. Die Stunde ruft nach Führern. Diese Führung aber darf nur ein Ziel kennen: Deutsches Volk, deutsche Freiheit und deutsche Zukunft! (Beifall b. d. Soz.)

Der Eindruck der Kanzlerrede

Berlin, 6. Februar.

Die Rede, mit der Reichskanzler Dr. Brüning gestern nachmittag die Etatsberatung des Reichstages eingeleitet hat, hinterließ, obwohl sie keine Lebensrätselungen brachte, in parlamentarischen Kreisen einen ausgesprochenen Eindruck. Sie wird in politischen Kreisen der Mitte als eine Erklärung angesehen, die die Lage der Nation in der tatsächlichen Lage gemeldet. Man unterstreicht besonders, daß der Kanzler sich mit solchem Nachdruck für die parlamentarische Erledigung des Etats eingesetzt und wie als die Voraussetzung für die Lösung aller anderen großen Fragen bezeichnet hat.

Unter dem Eindruck dieser Ansprache verhielt sich im Reichstag die Überzeugung, daß der Reichshaushalt auf dem Wege verabschiedet werden müßte. Die Opposition erhebt auch durch die außerordentlich heftigen Angriffe der Oppositionsredner nicht beeinträchtigt worden, zumal Dr. Brüning auf sie in einer zweiten Rede mit einer Schärfe antwortete, die seinen Gegnern nichts schuldig blieb. Man hat den Kanzler, der sonst sehr ruhig, ernst und abgewogen zu sprechen pflegt, im Reichstag noch nicht mit einer solchen Leidenschaftlichkeit sprechen gehört. Eine weitere Zuspitzung der Gegensätze im Reichstag wird übrigens bei der Behandlung der Änderung der Geschäftsordnung erwartet. In Anbetracht der Mitleid nicht einer Entwicklung aber mit absoluter Ruhe entgegen und betont, daß das Kabinett Brüning durch solche Dinge nicht beunruhigt werde.

Stärkung der Regierung.

Die Verständigung zwischen Kanzler und Volkspartei.

Berlin, 5. Februar.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat sich in ihrer 27. Sitzung durchaus positiv zu der Verständigung geäußert. Die Zustimmung über die Geschäftsordnung über die Frage eines erforderlicher Sparmaßnahmen erzielt worden ist. Die Zustimmung enthält allerdings den Vorbehalt, daß eine endgültige Stellungnahme erst erfolgen könne, wenn das Kommando über die Berendbarung bekannt ist. Schwierigkeiten werden jedoch nicht mehr erwartet, zumal das Kommunitäre in Übereinstimmung mit dem Führer der Deutschen Volkspartei abgelehnt werden dürfte.

Damit ist die Entspannung eingeleitet, die das Ergebnis der Verständigung beim Reichskanzler erwarten ließ. In politischen Kreisen wertet man die Beilegung der Konflikte als eine weitere Stärkung der Stellung des Reichskabinetts.

Neue Geschäftsordnung.

Die Verhandlungen über eine Verschärfung der Geschäftsordnung des Reichstages sind in einer neuen Beschreibung unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Hebe zum Abschluß gebracht worden. Als Ergebnis der Verhandlungen werden alle Reichstagsfraktionen mit Ausnahme der Nationalsozialisten

llen, Kommunisten und Sozialdemokraten einen gemeinsamen Antrag im Reichstag einbringen.
Auf Anregung der Sozialdemokraten werden die Parteien ferner folgenden Antrag zur Verringerung des Budgets annehmen: „Wer nach gesetzlicher Vorschrift nicht oder nur mit besonderer Zustimmung oder Genehmigung strafrechtlich verfolgt werden kann, darf nicht derantwortliche Redakteur einer periodischen Druckchrift sein.“

Sturm gegen die Preußenregierung. Volksbegehren des Stahlhelm beantragt.

Berlin, 5. Februar.
Der Stahlhelm hat in einem Schreiben an den preussischen Innenminister Seevering beantragt, gemäß Art. 6, Abs. 1 Ziff. 3, der Verfassung des Reiches Preußen und dem zentralen Paragraph 2 des Gesetzes über das Verfahren beim Volksbegehren und Volksentscheid vom 8. Januar 1926 die Zensurauslegung für das folgende Volksbegehren zuzulassen: „Der am 20. Mai gewählte Landtag ist aufzulösen.“

Im dem Schreiben heißt es: Der Vorstand des Stahlhelm, Bund der Frontkämpfer e. V., hat am 4. Oktober 1930 beschließen, ein Volksbegehren auf Auflösung des preussischen Landtages einzubringen, um auf diesem Wege in Preußen eine Regierung zu ermöglichen, die dem in der Wahl vom 14. September 1930 einmündlich festgestellten Volkswillens entspricht. Am 5. Oktober 1930 dem Reichsfrontkämpferbund in Koblenz, haben die über 140 000 freiwillig und auf eigene Kosten dort erschienenen Mitglieder des Stahlhelm diesem Beschlusse einstimmig begeistert zugestimmt. Da sich aus den vorgenannten Tatsachen und der allgemein bekanntgewordenen Befähigung des Stahlhelm die nach Paragraph 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 8. Januar 1926 in Verbindung mit Paragraph 4 Abs. 4 der Bundesabstimmungsordnung vom 28. Januar 1926 erforderliche Glaubhaftmachung der Unterfertigung durch 100 000 Stimmberechtigten einwandfrei ergibt, bedarf es der Beibringung weiterer Unterschriften nicht. Ein Auszug aus dem Vereinsregister, durch den die Eigenhaft der Unterzeichneten als vertretungsberechtigte Vorstandsmitglieder sich ergibt, ist beigefügt. — Das Schreiben ist gleichzeitig von dem beiden Bundesführern Selbste und Dillberg.

Kirchenvertrag vor dem Abschluß?

Berlin, 6. Februar.
Bei der Preussischen Staatsregierung hat gestern, wie gemeldet wird, eine Besprechung über den Vertrag zwischen Preußen und den evangelischen Kirchen stattgefunden. Die Verhandlungen laufen bereits in das Schlußstadium hinein. Am letzten Sonntag habe eine Beratung der Defane der theologischen Fakultäten in Preußen mit Kultusminister Dr. Grimme stattgefunden.



Graf d'Ormesson für Herabsetzung der Young-Zahlungen.
Die Nummer der „Europe-Nouvelle“, die am Freitag erscheint, wird einen Artikel des Grafen d'Ormesson bringen, der für die Einleitung der deutsch-französischen Beziehungen außerordentlich wichtig ist. Graf d'Ormesson entwickelt einen Plan, der einen Nachschuß von 50 Prozent der deutschen Reparationszahlungen vorseht. Unter Bild zeigt: Graf d'Ormesson.

Byzantinismus in Sowjetrußland.

Stalin an Woroßilow
Moskau, 6. Februar.
Stalin hat an den Kriegskommissar Woroßilow zu seinem 50. Geburtstag ein Schreiben gerichtet, in dem er dessen besondere Verdienste zum Schutze der Sowjetunion hervorhebt.
Besonders interessant ist die Bemerkung Stalins, daß Woroßilow immer im Dienste des Leninismus geblieben habe und sowohl gegen die Rechts- als auch gegen die Linksoption gekämpft habe.
Er habe sich besonders bemüht, das Parteipresse in der Armee zu heben. Stalin erklärt zum Schluß, Woroßilows Name liege untrennbar mit der Geschichte der Weltrevolution verbunden. Die Festung Kronstadt erhielt den Namen Woroßilows.

Musterbeispiel von Verdrehungskunst Zaleski berichtet über Genf.

Warschau, 5. Februar
Außenminister Zaleski gab im Sejm-Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten einen umfangreichen Bericht über die Januar-Sitzung in Genf. Er streifte kurz die Erneuerung des räumlich-politischen Bündnisses, die Beratungen, die Vorgeschichte und die Ergebnisse des Europa-Ausschlusses und die in Genf behandelten staatspolitischen Streitfragen; er hob hervor, daß es der staatslichen Regierung weniger darum gegangen sei, diese Streitfragen schnell und reibungslos zu erledigen, als vielmehr darum, in der öffentlichen Meinung der Welt den Eindruck zu erwecken, daß an der staatspolitischen Grenze dauernder Aufruhr herrsche.

Ober-schlesenskonflikt vor dem Völkerverbund.

Zum Schluß ging Zaleski auf die ober-schlesischen Klagen der Reichsregierung ein; er hob hervor, daß es, während in ganz Polen die Wahlen ruhmlich verlaufen seien, in Ober-

schlesien zu bedauerndem Werteschwund gekommen sei.
Er sagte dann wörtlich: „Es kamen folgende Fälle vor: die Ermordung des Polizeibeamten Sznajda, die Verdrängung einiger Bewohner in Hopfenbüden und andere Vorfälle, die, wenn auch zahlenmäßig von beträchtlicher Anzahl, größtenteils jedoch von geringerer Bedeutung waren. Im Laufe dieser Vorfälle haben auch, was klar ist, einzelne Mitglieder der deutschen Minderheiten gefolgt.“

Durch die Verminderung des Beschlusses der deutschen Minderheit aufgereizt, hat der größte Teil der reichsdeutschen Presse nun eine gewaltige und, ich scheue mich nicht zu sagen, lächerliche Kampagne gegen Polen eingeleitet, wobei sie die Vorfälle zu nie dagewesenen Ausmaßen vergrößerte.“

Die Wahlverhältnisse der Deutschen habe die deutsche Presse auf das Konio des angeblich durch die Behörden organisierten Wahlerroses gehalten. Diese Kampagne habe schließlich zu einer solchen Erregung der öffentlichen Meinung in Deutschland geführt, daß sich die Reichsregierung entschlossen habe, drei Tausend Polen nach Genf zu schicken. Sowohl die Form dieses Schrittes der Reichsregierung als auch der Umfang der ganzen Kampagne, die in der Presse gegen Polen geführt worden sei, ließen die Annahme berechtigt erscheinen, daß man es mit einer weitergehenden deutschen Aktion zu tun habe, für die die Minderheitenfrage nur als Vorwand gedient habe.

Die polnische Antwort habe die maßgebenden internationalen Kreise von der Richtigkeit des polnischen Standpunktes überzeugt.

Polen lehne niemals Ausdrucksformen über die Minderheitenfrage ab, müsse aber jeden Eingriff der unter dem Deckmantel der Minderheitenfrage zu einem anderen Zweck geführt werde, zurückweisen.

Zaleski berichtete sodann über den Schlußbericht des Völkerverbundes und hob hervor, daß die Forderungen des Völkerverbundes nicht so weit wie die Bestrebungen des deutschen Staatsmitgliedes gegangen seien. Im Bericht sei von keinem internationalen Untersuchungsausschuß, von keinem Personalveränderungen und von keinem besonderen Garantien für die Zukunft die Rede. Dagegen habe der Bericht die Verhandlungen der polnischen Regierung gebilligt (?). Sehr wertvoll sei die Feststellung, daß in Gebieten mit gemischter Bevölkerung für Organisationen mit nationalsozialistischem aggressiven Charakter kein Platz sei. Zaleski schloß mit folgenden Worten:

„Die Anträge des Rates beruhen sich in ihrer Mehrheit mit dem, was die polnische Regierung bereits getan hat und was sie noch im guten Glauben und eingebend fähig der internationalen Verpflichtungen, als auch mit Rücksicht auf das Staatsinteresse zu tun gedankt, um zwischen der lokalen Minderheit und der Mehrheit eine endgültige Verständigung herbeizuführen.“

Deutsche Tageschau.

Nacharbeiten für Ostpreußen.
In diesen Tagen ist ein großer Straßenbauplan des Provinzialverbandes Ostpreußen zum Abschluß gekommen. An den Kosten dieser umfangreichen Nacharbeiten beteiligen sich die Reichsanstalt für den öffentlichen Bau und den Provinzialverband mit einem Zuschuß von 630 000 Mark, das Land Preußen und die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten mit langfristigen, geringverzinslichen Darlehen von je einer Million Mark. Bei den Arbeiten, die alsbald in Angriff genommen werden, sollen 210 000 Arbeitslosen-Tage gemehrt werden, so daß etwa 2500 ostpreussische Arbeitslose Beschäftigung finden werden.

Sohnverhandlungen im Saarbergbau geplatzt.
Die Sohnverhandlungen zwischen Vertretern der Generaldirektion der Saarbergbau und der Bergarbeiter haben am Mittwoch nachmittags zu keinem Ergebnis geführt. Die Gewerkschaft hat ihre Forderungen um 94 v. H. auf 8 v. H. herabgesetzt. Sie begehrt dies als ihr weitestgehendes Zugeständnis. Die Organisationsleiter lehnten auch diese Forderungen als untragbar für die Bergarbeiter ab. Die weiteren Verhandlungen werden wohl in Paris stattfinden.

Auslands-Rundschau.

Die Einigungsbestrebungen in der Heimwehr.
Nicht nur die Frontkämpfervereine, sondern auch die Kreise, die die Heimwehr bisher unterstützten, haben ihren Einfluß geltend gemacht, um eine Wiedervereinigung der getrennten Gruppen herbeizuführen. Dieser Einflußnahme ist es offenbar gelungen, daß sowohl die Bundesführung wie die Kreisvereine sich in einigem Einverständnis zu einer gemeinsamen Mitteilung betanigen, es sei ein neutraler Ausschuss eingesetzt worden, der die Aufgabe habe, die Möglichkeiten einer etwaigen Wiedervereinigung zu prüfen.

Frankreichs „Abklärung“.
Der linksradikale Abgeordnete Adolphe Chéron hat in der französischen Kammer beantragt, daß er in den nächsten Tagen einen Entschließungsantrag einreichen werde, der darauf hinausgehe, die bisherige Beziehung des Chels im Kriegsministerium zu ändern. Die Amtsbezeichnung „Kriegsminister“ soll in „Minister für Landesverteidigung“ umgewandelt werden.

Kleine politische Meldungen.

Gracynski Vorsitzender des polnischen Völkerverbundes.
Auf dem nächsten in Warschau stattfindenden in Krakau wurde der schlesische Völkerverbund Gracynski einstimmig zum Vorsitzenden des polnischen Völkerverbundes gewählt.
Die Dautric-Angelegenheit soll vor den Staatsgerichtshof.
Rechtsanwalt Buzat hat im Unterlingauschluß beantragt, die Angelegenheit vor den Staatsgerichtshof zu bringen.
Alle Untertanen in Spanien gefesselt.
Alle Untertanen in Spanien gefesselt. Die Regierung hat die Schließung aller Unterlingauschlüsse in die Dautric von vier Wochen angeordnet. Es soll dadurch jüdischen Demonstrationen sowie Wahlstörungen durch diese Kreise vorgebeugt werden.

Aus der Umgegend

Nebr, 7. Februar.
— Gute und schlechte Betriebsstoffe, ihre Einflüsse auf Motor und Fahrzeug, das ist der Inhalt des heute abend (Sonntags) in der „Zurig“ vorgeführten merkwürdigen Films des deutschen Benzolwerkes der Harpener Bergbau-A.-G. Der lehrreiche und interessante Film zeigt in unterhaltender, äußerst geschickter Darstellung die unerschöpfliche Wirkung der verschiedenen Brennstoffe. Sehr eingehend wird gezeigt, welche Schäden der Motor leiden kann, wenn unteine oder ungeeignete Betriebsstoffe zur Verwendung kommen. Auch die Wirtschaftlichkeit der verschiedenen Brennstoffarten wird recht anschaulich gegenübergestellt und werden manchen der an-

welenden Kraftfahrer zum Nachdenken anregen. Die Vorführung ist nicht nur eine geistige Reflektion, sie wird auch eine lehrreiche Stunde für jedermann.

Ein Mädel von der Reeperbahn, ein neuer Segenwald-Film, wird Sonntag in den Stadt-Lichtspielen zur Vorführung gelangen. Karl Anton hat es durch äußerst gefällige Regie verstanden, alles harmonisch und stimmungsvoll zu vereinen, was der alte Sankt-Pauli ihr charakteristisches Gepräge gibt: der Gaun mit seinen Exzentrikeren aus aller Herren Ländern, der Vergnügungsort St. Pauli mit seinem Trübel und seinem internationalen Menschen-gemisch und als düsterer Kontrast dazu der einfache Deutsch-tum weit draußen, in dem durch den Kampf mit den Elementen alle Fröhlichkeit erloschen ist. In diesen geistreichen Leben dreier Menschen kommt ein Mädel, raffig und von heiserer Leidenschaft erfüllt, das die Sinne der beiden Männer ver-rückt und eine brave wadere Frau unglücklich zu machen droht. Da erwacht aber dem erloschenen Lichte des Leuchtturmes, unter den zusammenbrechenden morrischen Stufen, das klare Pflichtgefühl des Wächters und die alte Liebe zu seiner Frau. Das Mädel aber taucht wieder in das lichterlose, lebens-schmerzliche Leben der Reeperbahn ein. — Prädigste Schläger beleben das Spiel, dessen Hauptrollen in den Händen beliebter Filmdarsteller Olga Tschönowa, Trude Berliner, G. A. von Schletow, J. Rovensky, A. Pilot, liegen. Der Film wird z. T. täglich im C.T. in Halle a. E. gespielt. Daß wir hier im kleinen Ort zu gleicher Zeit einen großen neuen Film geboten erhalten, der das Großstadtpublikum wohlgenaug zu begeistern vermag, ist ein Beweis dafür, daß die Leistung unserer Lichtspielbühne durchaus im Interesse ihrer Besucher auf der Höhe ist. Dienst am Kunden nennt man das.

Wag-Musik, der Clou aller der Massen beherrenden Töne zum Tanz, wird am Sonntag im „Schwervebau“ in Wien-burg aufgeführt. — Da wird die Stoffelbühne nicht gefordert, der Schiller will auch leben, denn er gehört zu der Handlung in, die ja demnach eine Verwechslung veranlassen.

Prinz Karneval kommt auch auf die Däber, er schließt am Sonntag seine Feste in Garsdorf auf. Im alt-bekanntem Gasthof „zur Untrübtheit“ wird er von 500 Gästen und die schönsten Masken mit einem Reigen begeben. Der Garsdorfer Turn- und Sportverein ist der Veranstalter dieser Maskerade, die solche weltliche Jugend ist eigig dabei, sich Kostüme zu beschaffen, und wenn der Prinz die Front abschleitet wird, dann dürfte es ihm schwer fallen, die gerade Prei-sträger zu bestimmen. Wer einmal die Garsdorfer Damen im Ritter leben will, der gehe am Sonntag dort hin.

Städtischer Unfall. Ein noch nicht reiflos aufgelaufener Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich am Mittwoch gegen Abend im Maschinenhaus der stillgelegten Gemischt-fabrik Hebra auf dem Drosberge. Die Erwerbslosen Bernhard Rathe und Herrn Rabenstein, beide aus Köpchen, haben sich um diese Zeit unbefugter Weise in den inneren Räumen des Maschinen-hauses zu schaffen gemacht, ohne zu ahnen, daß die elektrischen Anlagen noch mit Starstrom versorgt werden. Rathe ist nun mit einem Leitungsdraht in Verbindung gekommen und von dem elektrischen Strom sofort getötet worden. Rabenstein floß sogleich von der Unglücksstätte und brachte die Kunde von dem Geschehnis zu den Anverwandten des Getöteten. Die Staatsanwaltschaft hat die näheren Erhebungen über diese Angelegenheit sofort in die Hand genommen. Der verunglückte Rathe ist unverheiratet, er ist leicht kriegerisch und war vom Verlorungsamt als Chemiker und auch als Baueingleiter in verschiedenen Kurien ausgebildet.

Unglücksfall. Am Donnerstagsabend fiel beim Ab-fahren der Dabber-Willi Baummeister vom Schilten und wurde von diesem die ganze Adolfsbahn entlang mit fortgeschleift. Der Verletzte mußte dem Johanniter-Krankenhaus zugewiesen werden.

Überladung von Kraftfahrzeugen. Auch heute werden noch vierfach Lastkraftwagen mit Anhänger über die in der Kraftfahrzeugverkehrsordnung vom 15. Juni 1930 fest-gesetzten Höchstgewichte hinaus beladen. Die Kraftfahr-verkehrsbehörden sind durch die Überladung der Kraftfahrzeuge mit dem Verstoß gegen die Verkehrsregeln nach oben das Höchstgewicht überschritten ist. Befragung der Führer und Unterlegung der Fahrten lind die Folge. Hierdurch kommen sowohl die Führernehmer, wie auch die Vertragsgegner, mit denen die Führernehmer Fahr-zeugsverträge abgeschlossen haben, häufig in eine schwere Lage. Es empfiehlt sich daher für beide Teile, bei den Führerverkehrsverträgen von der Einhaltung der Gewichtsvorschriften eine sorgfältige Beachtung auszusprechen.

Die Jugendherbergen unterliegen nicht dem Melde-zwang. Nachdem kürzlich das polnische Meldewesen neu-geordnet wurde, tauchte an manchen Stellen die Vermutung auf, daß auch die Jugendherbergen unter diese Bestimmungen fallen. Dem ist aber nach wie vor bei Preußen und Sachsen herausgekommenen Verordnungen nicht so. Der preußische Ertrag hat folgenden Wortlaut: „Nach nachmaliger Prüfung bin ich in Uebereinstimmung mit dem Herrn Preußischen Minister für Volkswohlfahrt zu dem Ergebnis ge-kommen, daß die im Reichsverband für Deutsche Jugendher-bergen zusammengeschlossenen Jugendherbergen nicht der ge-werbemässigen Beherbergung dienen. Infolgedessen unter-liegen sie nicht der Vorschrift des Paragraphen 8 der Zoll-zeiverordnung über das Meldewesen.“ Es darf angenommen werden, daß sich nunmehr auch die übrigen Länder zur gleichen Auffassung bekennen.

Namberg (Saale). Die Großen beschäm. Hier fuhr ein fünfjähriges Kind beim Absteigen in die Saale. Ein 12 Jahre alter Junge, Ernst G e r b e r, sprang ohne Belin-nen ins Wasser und brachte das Kind, das schon unterge-taucht war, in Sicherheit. Bei den Unfallheile waren auch Erwaerkinne zugegen, von denen sich aber keiner zu irgendein Handeln entschließen konnte.

Merseburg. Der 46. Verband der Provinz Sachsen wird sich außer mit den Haushaltsplänen des Provinzialverbandes auch mit einigen Sonderordnungen zu beschäftigen haben. So wird ihm eine Vorlage über die Bewilligung von Baukosten für den Z a n g e r t a n d e r B r i d g e n b a u und die He-bernahme der Trägerschaft des Unternehmens, ferner eine Vorlage über die Beteiligung des Provinzialverbandes an der M i t t e l d e u t s c h e n S a f e n A. G. in Halle vom Pro-vinzialauschuß unterbreitet werden. Weitere Beratungen-gelände werden sein: Bewilligung von Kreditmitteln zur Arbeitsbeschaffung durch Förderung der Folgeleistungen zum Nutzen einer neuen Hauswirtschaftslehre, eine Ver-teilungsordnung für das Landes- und Pflegeheim in Wei-ßenfels u. a. m. Dem Staatsministerium ist als Termin für die Einberufung des Provinziallandtages der 17. März vor-geschlagen worden; eine Entscheidung darüber ist noch nicht erfolgt.

Leipzig. Doppelselbstmord. Das Handelsvertreterpaar A. wurde in seiner in der Brauhaustraße in Leipzig-Schöneitz gelegenen Wohnung gasvergiftet aufgefunden. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos, da der Tod bereits einige Stunden vorher eingetreten war. Wirtschaftliche Schwierigkeiten und langjährige Krankheit der Frau dürften Veranlassung zum gemeinsamen Selbstmord gegeben haben.

Leipzig. Das Opfer des Messerfehlers. Der fleißige Kleinhändler A. wurde am 2. d. m. bei einem Besuch im Sohn im Verlaufe einer Auseinandersetzung durch acht Messerschläge schwer verletzt und in hoffnungslos Zustand ins Krankenhaus gebracht wurde. Er liegt verstorben. Der Täter verweigert nach wie vor jede Auskunft über die Gründe zu Tat.

Deßau. Am Donnerstag wurden der Arbeiter Hermann Großler und seine Mutter, Frau Lehmann, verurteilt. Der Großler, aus Jersitz, wurde dem dringenden Verdacht überführt, in der vergangenen Woche die Witwe Schmidt in Jersitz ermordet und beraubt zu haben. Sie wurden in das Gefängnis nach Deßau übergeführt. Beide haben mit der Ermordeten in einem Hause zusammengelebt und sich verächtlich außerordentlich verträglich gezeigt. An der Täterhaft soll nicht zu zweifeln sein. Nach den vorliegenden Ermittlungen hat sich herausgestellt, daß die dem Hauswirt der Ermordeten zugegangene Karte aus Magdeburg, auf der angeblich Frau Schmidt mit, von der verstorbenen Frau Lehmann geschrieben worden ist, von dem Verstorbenen auf eine falsche Spur zu lenken. Die Postzeit glaubt, daß Großler der Verleumdung und Vater von Schmidt ist, die Tat ausgeführt hat, während seine Mutter Mithilfe leistete. Beide dürften einen Betrag von 300 M. in der Ermordeten auf eine Hypothek zurückgezahlt worden war und wozum sie Kenntnis bekommen hatten, durch den Mord an sich gebracht haben.

Berlin. Chinesisches Porzellan aus Verein. In der letzten Sitzung sprachen sich wieder über die chinesische Porzellanfrage. Ein Berichterstatter sprach nach dem Bundesratsbeschlusse, stellte es sich heraus, daß er keine Befreiung, Ihre Waren, die sie als echtes chinesisches Porzellan anbieten, flammen aus - Berlin.

Leipzig. Am Sonntag wurde der Metallarbeiter des Bezirks Nordharz wurde hier nach längeren Verhandlungen einstimmig zum Schlichtungsausschuß ein Schiedspruch gefällt, der die im Streit befindlichen von 30. März bis 1. Februar um fünf Prozent senkt. Der neue Lohnsatz kann erstmalig zum 1. August ds. Js. geltend gemacht werden.

Nein! (Oskar). Der Sowjetiker im 36. Jahrgang. In den Reichstags-Anstalten kam es zu einem Zwischenfall, als der Vertreter des Hausbauers einen Zögling aufforderte, den an seiner Nische befestigten Spiegel zu entfernen. Der Zögling schlug schließlich mit einer harten Karte darauf los, in dem die übrigen Zöglinge eine drohende Haltung einnahmen, wurde von der Wache die Polizei aus dem Reichstagsgebäude und die Ordnung hergestellt.

Miesp. Zum Landrägermord. Die polizeilichen Ermittlungen nach den Tätern die am 30. Januar auf eine Gruppe Nationalsozialisten auf dem Wege von See nach Miesp. geschossen haben, wobei der Adertulicher Richard Schöler getötet wurde, und die ferner am Montag den Überfall auf zwei Landräger verübten, bei dem der Landräger Schöler tödlich verletzt wurde, haben bisher zu einer Verhaftung nicht geführt. Die Ermittlungen nach den Tätern werden von der Landes kriminalpolizei und der gesamten Landräger in Gemeindefahrt mit der Göttinger Schupo fieberhaft fortgesetzt.

Zweifaches Todesurteil gegen Lüdike. Das Torgauer Schwurgericht verurteilte den 28 Jahre alten Metzler Friedrich Lüdike, ohne dessen Wohnsitz, zweimal zum Tode. Lüdike hatte im Walde bei Zebua (Kr. Liebenwerda) und im Forst bei Krumpa zwei Wälder urbar gemacht. Die Urteile sind im Forst bei Krumpa zwei Wälder urbar gemacht. Die Urteile sind im Forst bei Krumpa zwei Wälder urbar gemacht.

Lehrting als Totschläger verhaftet. Er geficht den Totschlag an Schneider und Graf. München, 6. Februar. An der bayerisch-österreichischen Grenze bei Ruffien wurde ein Mann ohne Ausweispapiere und mit geringen Vermitteln festgenommen. Er nannte sich Heinz Lehming aus Berlin. Die weiteren Erhebungen ergaben, daß der Festgenommene personenloslich ist mit dem von Berlin wegen Totschlages verfolgten Mauererlehrling Hans Kollath, der gefand auch zu, den Totschlag an den Reichsbannerführer Schneider und Graf in der Nacht vom 31. Dezember zum 1. Januar begangen zu haben.

Kollath ist am 3. Januar aus Berlin geflohen und über Brandenburg, Preußen, Mecklenburg, Magdeburg, München, jeweils unterflichtig von Parteigenossen, an die bayerisch-österreichische Grenze gekommen. Der Festgenommene wurde auf Grund des erlassenen Haftbefehls dem Amtsgericht München zugeführt.

Neuer Postraub im Landkreis Oppeln. Oppeln, 6. Februar. Zwei maskierte Männer verübten einen freien Raubüberfall auf die Postagentur Schwargau (Landkreis Oppeln). Einer der Räuber führte sich auf die Postagentur, der andere den Postboten, der am Tage eingegangenen Gelder befristigt war, und warf sie ins Freie. Inszenierten riefte der andere die auf dem Schreibtisch liegenden Geldscheine zusammen, worauf beide flüchteten. Die Kartellgenossen liegen sie zurück. Als die Überfallenen sich vor ihrem Schreden erholt hatte und Hilfe herbeirief, war von den Tätern keine Spur mehr zu entdecken. Die Beute betrug etwa 2000 Mark.

Neues aus aller Welt. Drei Verlechte bei einem Kraftwagenzusammenstoß. In der Gasse der Heer- und Gadower Straße in Berlin-Spannau stießen zwei Kraftwagen zusammen. Der Führer des einen Wagens mußte mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. Zwei andere Personen erlitten leichte Verletzungen.

Selbstmord eines Obergerichtsvollziehers. Ein Arbeiter fand in einem Strohhalm in der Feldmark bei Lützen (Kreis Jerichow I) die Leiche des vermißten Magdeburger Obergerichtsvollziehers Lehmann auf. Der Tod hielt seinen Dienstrevolver in der rechten Hand. Die am Fundort eingetragene Mordkommission aus Magdeburg stellte fest, daß Selbstmord vorliegt. Die Gründe zur Tat sind unbekannt. Lehmann war als ruhiger, fester und überaus pflichtgetreuer Arbeiter bekannt.

Eisenbahnunfall im Hauptbahnhof Hellbrunn. In dem Hauptbahnhof von Hellbrunn stieß eine Lokomotive auf den Schluß des zur Abfahrt nach Gypfingen bereitgestellten Personenzuges auf. Dabei wurden 24 Reisende der beiden letzten Personenzüge leicht verletzt. Zwei Bahnärzte und die Sanitätskolonne waren sofort zur Stelle. Alle Verletzten konnten nach Anlegung von Notverbanden die Fahrt fortsetzen. Die beiden Personenzüge wurden leicht beschädigt.

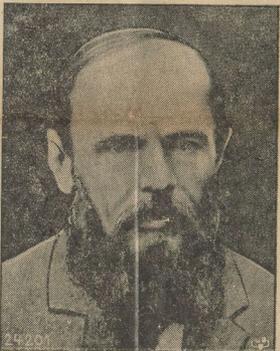
Hülfe Ruhrort-Meiderich mit 7000 Arbeitern Hülfegeht. Nachdem die Belegschaften der Ruhrort-Meidericher Hütte der Vereinigten Stahlwerke beschließen hatten, den zwanzigprozentigen Lohnabbauplan der Unternehmer nicht anzunehmen, ist das Werk stillgelegt worden. Dadurch sind 7000 Arbeiter und Angestellte drohlos geworden.

Zugunfall in Sibirien. Im Baikalseegebiet sind in der Nähe des Bahnhofs Olonjamaia zwei Personenzüge zusammengefahren. Drei Personen, darunter ein Eisenbahnbeamter, wurden getötet, acht Personen zum Teil schwer verletzt. Die Ursache des Unglücks ist auf die Verletzung des einen Lokomotivführers zurückzuführen, der verhaftet wurde.

Dem Galgen entronnen. Die in Istanbul erscheinende Zeitung 'Mithras' berichtet im Zusammenhang mit der Verhaftung von Mehmet, daß es einem der 28 zum Tode Verurteilten gelungen sei, in dem Augenblick die Flucht zu ergreifen, in dem er vor dem Galgen aufgestellt worden war und die Stütze zum Boden betreten sollte, erfolgte in der Menge plötzlich ein Gedränge. Der Verurteilte nutzte die Verwirrung aus und flüchtete. Obwohl man sofort die Verfolgung aufnahm und dem Flüchtigen mehrere Kugeln nachjagte, konnte er sich in Sicherheit bringen.

Schwerer Sturm im Kanal. Schottland und der Norden von England sind wieder von ziemlich heftigen Schneefürten heimgesucht worden. Am Kanal und in der Ostsee herrschen schwere Stürme, so daß sich die Anfuhr großer Dampfer in England teilweise bis zu 20 Stunden verzögert.

Die Opfer der Verkehrsunfälle in England. Im Jahre 1929 sind bei Verkehrsunfällen in England 5714 Personen getötet und 150.529 verletzt worden. Während der letzten vier Jahre wurden 19.525 Personen getötet und 543.969 verletzt.



Zum 50. Todestag Dolzschewitsch. Am 9. Februar sind 50 Jahre seit dem Tode des russischen Revolutionärs Dolzschewitsch verstrichen. Sein Lebensrückblick wurde für die Erniedrigten und Beleidigten mystisch-religiös die Lebensmacht des Christentums verflüchtend, schrie er farbentfalte und gebanenförmige Romane aus dem sozialen Leben Russlands: 'Kasimow', 'Der Idiot', 'Arme Leute', 'Die Brüder Karamasow'.

Berliner Stadterordnetenliste aufgelöst. Berlin, 6. Februar. Die Berliner Stadterordnetenversammlung ist gestern Abend unter einer allgemeinen Prägung aufgelöst. Während eines handgemessenen Kampfes zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten mußte der Vorsitz der Sitzung als beendet erklärt.

Veranlaßt war die Beendigung eines kommunikativen Dringlichkeitsantrages, der sich gegen die vom Berliner Polizeipräsidenten verlangten Einschränkungen bei der heutigen Belegung zweier bei politischen Streitigkeiten erscholener Kommunisten richtete. Dieser Antrag wurde von dem kommunikativen Stadterordneten Vorge unter heftigen Angriffen gegen die Nationalsozialisten und unter Ausfällen gegen den Polizeipräsidenten und die Sozialdemokratische Partei begründet. Die Fraktionsgenossen Vanges unterstützten diesen durch aggressive Zwischenrufe, in erster Reihe gegen den Fraktionsvorsitzenden der Nationalsozialisten, Dr. Lippert, der als Arbeitermörder, Mordbeter usw. bezeichnet wurde. Als dieser sich darauf zum Worte meldete, verurteilte die kommunikativen Fraktion, ihn niederzuschlagen. Schließlich führte der Kommunist Grubel auf die Rednertribüne und schlug auf Dr. Lippert ein. Dielem kamen keine Parteifreunde zu Hilfe. Unter allgemeinem Tumult und Handgemisch erklärte der Stadterordnungsleiter daß die Stadterordnetenversammlung für beendet.

Flugzeugabsturz in Breslau. Breslau, 6. Februar. Im Flughafen Breslau-Gandau stürzte gestern nachmittags ein Albatros-Zweimotoren Flugzeug der Fliegerstaffel Marsch-Sleto aus einer hundert Meter Höhe ab. Das Vorderteil der Maschine bohrte sich tief in die Erde ein. Während der Fahrt, der Land. In Badtke, mit leichten Kopferletzungen davonkam, erlitt sein Begleiter, ein Monteur der Technischen Hochschule namens Glätker eine schwere Gehirnerschütterung und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Balkan-Korruption.

Beduldigungen gegen rumänische Regierungsmitglieder. Budapest, 6. Februar. Der ehemalige liberale Minister Lupu gibt in mehreren Morgenblättern eine Erklärung ab, in der er die Mitglieder der rumänischen Regierung beduldigt, bei einer Schweizer Bank in aller Stille eine Milliarde Zei hinterlegt zu haben. Das Geld hätten sie während ihrer Regierungszeit zumangewandt.

Lupu beruft sich auf einen Bankreferent Bankier, der früher Direktor einer Schweizer Bank war und genaue Angaben darüber machte, um wieviel sich die bei seinem angelegte Kapital der rumänischen Minister in letzter Zeit erhöht hat. Die Bankreferent Bistler fordern einstimmig die Untersuchung dieser Angelegenheit.

Reichshilfe rechtsäufig.

Das Landgericht Berlin hat die Klage des Senatspräsidenten beim Oberverwaltungsgericht Dr. Grünner, die beabsichtigt, die Verfassungswidrigkeit der Reichshilfe feststellen zu lassen, abgewiesen. Das Gericht hat sich bei seinem abweisenden Urteil die Gründe des preussischen Innenministeriums zu eigen gemacht, wonach die Reichshilfe eine reine Steuer ist, so daß infolgedessen der ordentliche Rechtsweg überhaupt nicht beschritten werden kann. Mit dieser Erkenntnis wurde also ausgeprochen, daß für die Beantwortung der Frage nach der Verfassungsmäßigkeit der Reichshilfe nicht die ordentlichen Gerichte, sondern nur die Finanzgerichte zuständig sind. Unter diesen Umständen gewinnt eine Steuerbefreiung grundsätzliche Bedeutung, die in einem Reichsbeamten aus Landberg a. W. gegen eine Heranziehung zur Reichshilfe eingelegt worden ist. Das Finanzgericht beim Landesfinanzamt Brandenburg hatte dieser Befreiung aber nicht stattgegeben, worauf Beschwerde eingelegt worden war. Wie die Beamtenkorrespondenz berichtet, hat nun aber auch dieser Loge der Reichsfinanzhof in München die Steuerbefreiung als sachlich unbegründet zurückgewiesen.

Wochenend-Wetterbericht der Th. K.

Bearbeitet von der Thüringer Landeswetterwarte Weimar. Die allmähliche Verjüngung der Luftdruckverteilung bedingt eine Veränderung des Wetters. Während das nordwestliche Hoch stehen bleibt, tritt ein Teil des Hochs gegenüber dem über dem Ozean vorrückenden Ausläufer des Islandtiefs auf das Festland über. Damit kommen wir aus dem Bereiche des Mittelmeeres in den des Hochs. Die russische Kaltluft wird uns nicht mehr erreichen, die Schneefälle hören auf. Im Hochdruckgebiet heitert es allmählich auf. Ein- und Ausstrahlungen werden wirksam, insbesondere wird die nächtliche Ausstrahlung über der geschlossenen Schneedecke mangelnde Wärmehaushalt von Erdboden her über Nacht sehr hohe Temperaturen bringen. Das Hochdruckgebiet und damit der ganze Frost kann sich im Kaltluftgebiet Mitteleuropas unter Umständen langsam halten, während das nordwestliche Tief mit seiner maximalen Warmluft längs der norwegischen Küste nach Nordosten abzieht. Wahrscheinlich ist aber doch, daß der weit südwärts ausgreifende Tiefausläufer seine Warmluftmassen bis zum Sonntag nach Westeuropa hereinbeibt, da im Gebiet Nordost-Spitzbergen der Luftdruck feststeht. Dann können wir in einigen Tagen schon Erwärmung und Eintrübung, Uebergang von Nebel zu Schnee, später Regen zu erwarten.

Ausfichten: Nachts stark zunehmender Frost, tagsüber vorwiegend heiter, zum Wochenende wieder wärmer werdend, anschließend Eintrübung mit Niederschlägen, später Tauwetter.

Spiel und Sport

Nebraer Sportvereinigung von 1924.

Am Sonntag spielt unsere 1. Elf gegen die gleiche Mannschaft der Nebraer Hochschule. Auch die 2. Elf ist Gast der Hochschule. Im letzten Spiel mit den Schülern haben wir die Unterlegen mit 5:1 in Front. Ist morgen wieder ein Sieg zu erwarten. Diese Frage ist schwer zu beantworten, denn auf eigenem Platz ist den Schülern schwer bezu gewinnen, das hat die vergangene Zeit nur zu gezeigt. - Ein Sieg unserer 2. Mannschaft sollte bestimmt zu erwarten sein. - Auf unserem Platz findet nur ein Spiel statt: im Verbands-Spiel trifft sich unsere 3. Mannschaft mit Freyburg 2. Das Spiel ist als offen zu betrachten.

Tabellenstand der 4. Klasse

Vereine	gepi.	gewonnen	unentschied.	verloren	Tore für	Tore gegen	Punkte
					+	-	
Nobelen Junatoren	13	10	8	-	39	9	23
Nobelen III	15	8	3	2	36	27	23
Nebra II	14	7	2	5	50	23	16
Freyburg II	13	6	-	7	12	41	12
Mauda II	16	9	2	5	56	8	11
Nebra III	12	3	-	9	16	38	6
Corador II	12	3	-	9	7	45	6
Nebra-Niederbach II	13	3	-	10	11	23	6
Ritzschgebungen II	12	2	-	10	30	29	4

Kirchliche Nachrichten

Sezagesima, den 8. Februar 1931.

Samstagspredigt: Laß dir an Meiner Gnade genügen, denn Meine Kraft ist in den Schwachen mächtig (2. Korinther 12, 9).
 10 Uhr: Hauptgottesdienst im Gemeindehof. (Predigt über Lukas 8, 2, 4-15).
 Kollekte für die Witwenkasse.
 12 Uhr: Abendgottesdienst für die ältere Abteilung im Gemeindehof.
 2 Uhr: Abendgottesdienst für die jüngere Abteilung im Gemeindehof.
 Dienstag, den 10. Februar, abends 8 Uhr: Frauenmissionsschulung im Gemeindehof.
 Mittwoch, abends 8 Uhr: Bibelfest im Gemeindehof. (Sohs. Kap. 7, 8, 40 ff.)
 Freitag, abends 8 Uhr: Jungmännerverein im Gemeindehof.
 Gestalt wurde am 30. Januar Richard Wino Ober.
 Gestalt wurde am 31. Januar der Schmidt Die Wino und Ida Wino.
 Gestalt wurde am 5. Februar das Am Richard Wino Ober im Alter von 2 Monaten.

Englands Wahlreform.

Das Labour-Kabinett hat in wenigen Tagen den zweiten Sieg errungen. Nach der Annahme der Regierungsvorlage, die Baldwin's Antigerichtsausschuss aufhebt, hat das Unterhaus das Gesetz über die Wahlreform in zweiter Lesung mit ansehnlicher Mehrheit angenommen. MacDonald kann triumphieren, er hat sich in den Stürmen, die gegen sein Kabinett injiziert wurden, tatkraftig glänzend geschlagen. Das Experiment einer do-ut-des-Politik zwischen Labour Party und Liberalen ist gelungen.

MacDonalds Regierung ist eine Minderheitsregierung, die ihre Mehrheit und damit ihre Basis nur dann sichern konnte und sichern kann, wenn die Liberalen — die Konserwativen kommen trotz allem fair play, das die englische Politik auch innerpolitisch auszeichnet, hierfür nicht in Frage — sich nicht gegen die Regierung stellen. MacDonald hat die Schwäche der Liberalen erkannt und hat sie auszunutzen gemußt. Diese Schwäche heißt Wahlrecht. Unter dem jetzt geltenden Wahlrecht können die Liberalen niemals zu einem nennenswerten Befehl gelangt, zum führenden Faktor der englischen Innenpolitik werden. Für den Preis der Wahlreform war also mit ihnen Politik zu machen. Diesen Preis löst MacDonald jetzt ein.

Die Wahlreform, die die Regierung im Unterhaus jetzt durchsetzt, ist eine Reform gegen das Klerikalrecht. Sie ist eine Reform gegen die Verschiebung der Kräfte. Aus Wahlrecht soll Wahlrecht werden. Das jetzt geltende englische System ist kein Recht. Die Wahlen von 1924 haben insofern den Liberalen wie auch der Labour Party ungeheure Erfolge bei der Wählerhaftigkeit eingebracht. Der Zustrom war stärker, als die kühnsten Optimisten zu erwarten hofften. Die konservative Wählerhaftigkeit war in eindeutiger Minderheit gegenüber den Anhängern MacDonalds und Lloyd Georges. Trotzdem haben die Konserwativen damals im Parlament die erdrückende absolute Mehrheit der Abgeordneten zur Verfügung gehabt. Wie man bei einem solchen System noch von Freiheit sprechen kann, bleibt ebenso unfaßlich wie die Tatsache, daß man dieses System heute noch als ein Wahlrecht verteidigt.

Das Ziel der Liberalen war das Proportionalwahlrecht nach kontinentalem Muster. Man kann verstehen, daß angeichts der Artie, in die dieses Wahlrecht andere Länder hineingeführt hat, MacDonald nicht Lust verspürte, um eines vielleicht momentanen Erfolges willen eine Zukunft zu opfern. So bringt die Wahlrechtsvorlage der englischen Regierung ein anderes System. Der Kardinalpunkt ist die Alternativstimmgebung. Das heißt, in jedem Wahlkreis bezeichnen der Wähler zwei Abgeordnete, für die seine Stimme gelten soll. Zunächst seinen absoluten trausmann, also den Vertreter jener Partei, der er in erster Linie zum Siege verhelfen möchte, und dann kennzeichnet er für den Fall, daß dieser Kandidat durchfällt, den Vertreter einer anderen Partei, dem er in diesem Falle noch das größere Vertrauen schenkt als den anderen. Praktisch bedeutet das: Der Einmannwahlkreis wird beibehalten, und nun wählt der Wahlberechtigte beispielsweise Lloyd George, den Vertreter der Liberalen. Für den Fall aber, daß Lloyd George nicht die absolute Mehrheit aufbringt, entscheidet er sich für MacDonald, um einen Wahlsieg von Baldwin zu verhindern.

Kein Zweifel, dieses System, das in der Praxis freilich noch nicht ausprobiert ist, hat viel für sich. Den Vorteil des Reformgesetzes, das MacDonald für die nächsten Wahlen jetzt eingebracht hat, hat Lloyd George erkannt, und darum unterstützt er die Vorlage. Denn es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Liberalen dabei sowohl auf Kosten der Konserwativen wie auch auf Kosten der Labour Party Vorteile erringen können. Die Liberalen haben mit Recht darauf hingewiesen, daß die Konsequenz der Wahlreform bei der Beibehaltung des Oberhauses landen muß; denn wenn man sich endlich den Bedürfnissen modernen Volksempfindens beugen will, dann muß man auch auf Klerikalrechte des Oberhauses verzichten. MacDonald hat dieses heiße Eisen flugweise noch nicht angefaßt, denn es kommt doch darauf an, das Reformwerk überhaupt erst einmal in Angriff zu nehmen und stufenweise durchzuführen. Die englischen Konserwativen wehren sich ihrer Haut. Begrifflich. Aber am Ende werden sie doch zu klug sein, um etwa durch Ueberpannung des Bogens ein Schiefbild heraufzubeschwören, das in anderen Ländern feudalfreie provoziert, erlitten und verdient haben. MacDonald aber schafft sich mit dem Preis, den er jetzt Lloyd George zahlt, die Chancen für eine neue und sicherere Mehrheit in einem Parlament, dessen Grundlage das Volkrecht ist.

Änderung des Reichspressgesetzes.

Im Reichstag haben sämtliche Parteien mit Ausnahme der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Kommunisten einen Gesetzentwurf zur Änderung des Reichspressgesetzes eingebracht. Es handelt sich im wesentlichen um die Ergänzung des Paragraphen 8 des Reichspressgesetzes, dem folgende Bestimmung angefügt werden soll: „Wer nach geistlicher Vorchrift nicht oder nur mit besonderer Zustimmung oder Genehmigung kirchlich verfolgt werden kann, darf nicht verantwortlich Redakteur einer periodischen Druckschrift sein.“

Schwierigkeiten für den Fünf-Jahres-Plan.

Stalin erschien unerwartet auf dem Kongreß der Industriearbeiter Russlands. Er hielt eine Ansprache, in der er auf die Schwierigkeiten hinwies, die sich der Durchführung des Fünf-Jahres-Plans in den Weltkriegen. Für die Durchführung der gestellten Aufgabe müsse die Regierung im Augenblick Opfer bringen. Weiter rechnete Stalin über mit der Hypothese ab, die verjährt habe, den Kommunismus zu verdrängen und die Interessen der Revolution zu vermissen. Stalin sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß der revolutionäre Gedanke in der Welt liegen werde.

Die Leidge Pflüchows gefunden. Einer Expedition ist es endlich gelungen, die Leichen der beiden deutschen Flieger Günther Pflüchow und Drelow aufzufinden. Pflüchows Leiche weist schreckliche Verwundungen auf.

Betr. Rundfunkanlagen.

Der Betrieb von Rundfunkempfangsanlagen wird in steigendem Maße durch Störungen beeinträchtigt, die von Benutzung elektrischer Geräte (Staubsauger, Hochfrequenzgeräte, Heizflüsseln usw.) herrühren.

Unter Hinweis auf § 23 des Fernmeldeanlagegesetzes sowie §§ 858, 862 und 869 BGB. wird den Besitzern derartiger Geräte zur Vermeidung von Weiterungen empfohlen, die mit verhältnismäßig geringen Kosten mögliche Anbringung eines Störflüssels vorzunehmen zu lassen. Sollte dies nicht möglich sein, so wird erlucht, die Geräte nicht in den Hauptempfangsrichtungen zu benutzen.

Nebra, den 2. Februar 1931

Die Polizeiverwaltung. Grimberg

Landwirtschaftlicher Verein Teigra.

Unsere erste diesjährige Hauptversammlung findet am Donnerstag, dem 12. Februar, nachm. 2^{1/4} Uhr, im Gasthof zur Anstrubahn in Carsdorf statt.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht und Rechnungslegung
2. Festsetzung der diesjährigen Beiträge
3. Vortrag des Herrn Landwirtschaftssekretär Dr. Sahne-Halle über: „Einführung der landwirtschaftlichen Betriebe auf die jegliche Notlage“
4. Verschiedenes.

Die Mitglieder des Vereins nebst ihren Angehörigen werden zu zahlreichem Besuch der Versammlung herzlich eingeladen.

Der Vereinsdirektor, von Hellborn.

Holzverkauf im Forstrevier Zingst

bei Nebra

am Montag, den 9. Februar, vormittags 11 Uhr. Sammelplatz: Straße unterhalb des Walbes.

Brennholz:

- 60 rm Scheitholz, Eiche und Weißbuche
- 39 rm Kolen, Eiche und Weißbuche
- 69 rm Reisig 1. Klasse.

Antzholz:

- 4 rm Böttcherstehholz
- 1 Rotbuche.

v. Hellborn'sche Rittergutsverwaltung.

Achtung! • Autobesitzer und Kraftwagenführer!

Am Sonnabend, dem 7. Februar, abends 8 Uhr, findet im

Hotel „Zur Burg“

Experimental- und Lichtbilder-Vortrag

Neuzeitliche Auto-Kraftstoffe

(Wert und Anforderungen) statt.

Eintritt frei!

Eintritt frei!

Gasthof zur Anstrubahn, Carsdorf

Sonntag, den 8. Februar cr.

Grosser

Maskenball

Die besten Masken werden prämiert.

Es laden freundlich ein

Turn- u. Sportverein Carsdorf Gastwirt H. Hoffmann

„Schweizerhaus“-Vizenburg

Sonntag, den 15. Februar cr.

Maskenball

Oberförsterei Ziegelroda

verkauft Donnerstag, den 12. Februar, von 9 Uhr ab im **Schweizerhaus** in Ziegelroda Brennholz (alter Einfaß). Eiche: Ditr. 54, 116, 150 = 350 rm Scheit, 500 rm Knüppel. Ditr. 71 = 94 rm Reis II. (Stangenbauern). Buche: Ditr. 71 = 62 rm Reis II. Ditr. 54, 116 = 4 rm Scheit, 9 rm Knüppel. Eiche, Reis: Ditr. 54, 116 = 3 rm Scheit, 25 rm Knüppel. Ditr. 54, 116, 150, 151 = 4 rm Scheit, 14 rm Knüppel. Kaufpreise bis 60 RM sind beim Verkauf bar zu zahlen.

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Sonntag, den 8. Februar, abends 8^{1/4} Uhr

„Ein Mädel von der Reeperbahn“

(Menschen im Sturm)

Die Geschichte eines Zugvogels der Liebe.

In den Hauptrollen: Trude Berliner. Sie singt die

einschneidenden Schlager des Titels, wie:

„Mach' rotes Licht, wir wollen Tango tanzen ...“

Sans J. u. Sletkoff, der hier sein geliebtes Quartettmitglied

Diga Fichow, eine Frau und Künstlerin vom Format.

Hamburg? St. Pauli

Was aller Herrn Läden laufen die hängen der Werte ein,

Strenge heulen, Ehrenzeiten fliehen, Plankton gehen über die

Wasser ... Und durch das bun e Zuchschander des kausenden

Lebens hängen die kleinen Zugvögel der Liebe, die Wädel von

St. Pauli, die Wädel von d r Meeresküste.

Eine Episode aus dem Leben einer solchen kleinen Abenteu-

terin von Amors Gnaden behandelt der neue große

Hegewald-Tonfilm.

Dazu: Zeit haltiges Stripogramm.

„Schweizerhaus“

Vitzenburg Sonntag

den 8. Februar, abends 7 Uhr

Großer Jazzanz-Abend

Gute Besetzung Stimmung Neueste Tänze

Es laden freundlich ein

Stein Wirthmann



J.C. KÖNIGLEBARDT
BÜCHER- u. DRUCKERIE
HANNOVER

und anderer bekannter Firmen liefert

Buchhandlg. W. Sauer

Die Feinschneiderei für das deutsche Haus!

Reicher, gediegener Inhalt
Beste erste Mitbringer
Prachtvolle Bilder
Farbige Kunstblätter
Die billigste
der vornehmsten illustrierten Monatshefte

Der Türmer
Deutsche Monatshefte
HERAUSGEBER: DR. FRIEDRICH CASTELLE

Jedes Heft über 100 Seiten
Preis nur 1,50
Besug durch Buchhandlung und Verlag Berlin S.W. 19.

Der Vorwärtler geistigen Mitlebens!

Drucksachen

liefert prompt und preiswert die
aller Art für alle Geschäftszwecke für jeden Privatbedarf in besten Ausführungen

Buchdruckerei Wilh. Sauer

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Nohleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Nohleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Nohleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten; die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamtlich 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 17

Sonnabend, den 7. Februar 1931.

44. Jahrgang

Das Programm des Kanzlers. Großer Tag im Reichsparlament.

Die Tribünen sind überfüllt. In der Diplomatengasse wohnen die Vertreter der fremden Mächte den Verhandlungen bei. Das Haus selbst weist zu Beginn der Sitzung noch starke Eiden auf. Auf der Regierungsbank haben der Reichskanzler und die Mitglieder des Reichskabinetts Platz genommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abgeordneter Stoerer (Komm.), mit der Beratung eine dringliche Interpellation einer Fraktion zu verbinden, in der u. a. erklärt wird, es hätten in den letzten Tagen unter den bürgerlichen Parteien einschließlich der Deutschen Volkspartei Verhandlungen über Staatsrechtspflege stattgefunden, die die förmliche Diktatur legalisieren sollten.

Die Interpellation wird darauf mit der Tagesordnung verbunden, nämlich der zweiten Lesung des Haushaltsplans für 1931, beginnend beim Haushalt des Reichskanzlers und der Reichsfinanzlei. Mit der Beratung ist der nationalsozialistische Antrag auf Auflösung des Reichstages durch den Reichspräsidenten verbunden.

Der Präsident erteilt dem Abg. Dr. Goebbels (Nat. Soz.) wegen einer ordnungswidrigen Bemerkung in der letzten Sitzung nachträglich einen Ordnungsruf und gibt dann dem Reichskanzler das Wort.

Reichsstanzer Brünning

wird von den Kommunisten mit lebhaften Zurufen: „Hungerkämpfer“ und „Hungerkämpfer“ empfangen. Er betont zunächst, daß angeht die politischen und wirtschaftlichen Krise die parlamentarische Erledigung des Reichshaushalts eine Frage ersten Ranges ist.

Es ist nicht meine Absicht, so erklärt der Kanzler, eine programmatische Erklärung über alle mit diesem Etat im Zusammenhang stehenden Fragen her abzugeben. Die Beratung dieses Haushalts fällt in eine Zeit besonderer wirtschaftlicher Krise. Sie ist zum großen Teil bedingt durch weltwirtschaftliche Einwirkungen, aber sie ist zugleich eine Krise des Vertrauens in die Stabilität der deutschen Politik und der deutschen Wirtschaft (siehe richtig rechts). Deshalb hält die Reichsregierung es für außerordentlich entscheidend, daß der Etat auf normalen parlamentarischen Wege verabschiedet wird. Die Reichsregierung ist der Ansicht, daß im Interesse der Reichsregierung wie dieses Hauses liegt, die vom Artikel 48 möglichst wenig Gebrauch gemacht wird. Wir müssen auch im Interesse der Kreditwürdigkeit wünschen, daß die parlamentarische Beratung unter allen Umständen die Regel bleibt. Der Haushalt ist so aufgestellt, daß Sparsamkeit und vorläufige Entschärfung obwalten. (Zuruf des Abgeordneten Lorzer (Komm.): Aber nicht beim Reichsbankrott!) Bei gewissen Einnahmeseitungen besteht allerdings eine Abhängigkeit von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Regierung ist schon seit langem der Ansicht, daß etwaige Mindererträge bei den Einnahmeseitungen nicht durch neue Steuern oder durch Schuldenvermehrung gedeckt werden können, sondern nur durch Senkung von Ausgaben und weitere Ersparnisse.

(Zurufe von den Kommunisten: Welche Ausgaben denn?) Stellung sind in keinem Monat die internen politischen Verhandlungen der Reichsregierung hinsichtlich des Einnahmehaushalts irgendwie erreicht worden. Die Regierung hat sich in diesen ihren Forderungen mit einer Reihe von Parteien gefunden vor allem mit der Deutschen Volkspartei. (Abgeordneter Lorzer (Komm.): Nehm kommt die Verbindung vor Herrn Dingeldey!) Ein anderer Kommunist ruft: „Dingebeu aufleben!“ — Erneute große Beifallstöße. Es hat sich ergeben, daß eine Meinungsvereinbarung besteht. Die Regierung hat um die Ermächtigung gebeten, im Laufe des Etatsjahres weitere Ersparnisse zu ergreifen, die gewisse Reformmaßnahmen durchzuführen. (Zuruf des Abgeordneten Lorzer: Die Regierung hat sich nicht für die Reformen entschieden, sondern sie greift während in den Wahlen an.) Die Regierung hat sich nicht abweichenden Bestimmungen, so lang sie erfüllen, daß der eigenen Landung ist gekommen, die aufzubauen sich lieber vorbereiten lassen, sich die Schritte auslassen.

Die Regierung hat sich nicht abweichenden Bestimmungen, so lang sie erfüllen, daß der eigenen Landung ist gekommen, die aufzubauen sich lieber vorbereiten lassen, sich die Schritte auslassen.

Die Regierung hat sich nicht abweichenden Bestimmungen, so lang sie erfüllen, daß der eigenen Landung ist gekommen, die aufzubauen sich lieber vorbereiten lassen, sich die Schritte auslassen.

Die Regierung hat sich nicht abweichenden Bestimmungen, so lang sie erfüllen, daß der eigenen Landung ist gekommen, die aufzubauen sich lieber vorbereiten lassen, sich die Schritte auslassen.

Die Regierung hat sich nicht abweichenden Bestimmungen, so lang sie erfüllen, daß der eigenen Landung ist gekommen, die aufzubauen sich lieber vorbereiten lassen, sich die Schritte auslassen.

Die Regierung hat sich nicht abweichenden Bestimmungen, so lang sie erfüllen, daß der eigenen Landung ist gekommen, die aufzubauen sich lieber vorbereiten lassen, sich die Schritte auslassen.

Die Regierung hat sich nicht abweichenden Bestimmungen, so lang sie erfüllen, daß der eigenen Landung ist gekommen, die aufzubauen sich lieber vorbereiten lassen, sich die Schritte auslassen.

Zolleinnahmen beruhen kann (Zuruf d. Komm.). Wo bleibt der Gesamtplan zur Rettung der Arbeiterklasse? Darauf kommt ich auch noch.

Diese Maßnahmen sollen aber nicht den Zweck haben, diese Selbsthilfe der Landwirtschaft irgendwie zu lähmen.

Sie sollen, in Übereinstimmung mit dem Telegramm des Herrn Reichspräsidenten an das Präsidium des Reichsländerbundes, dahin zielen, den Landwirten den Mut und das Vertrauen auf die eigene Kraft wiederzugeben.

Die Frage der Arbeitslosigkeit ist ganz besonders dadurch erschwert und verschärft worden, daß in den vergangenen Monaten Kreditabläufe aus dem Auslande zu erheblicher weiterer Steigerung der Arbeitslosigkeit beigetragen habe.

Die Reichsregierung hat deshalb eine Kommission eingesetzt, um den Gesamtplan der mit der Arbeitslosigkeit zusammenhängenden Fragen zu untersuchen. (Ärmliche Zurufe b. d. Komm.). Die Reichsregierung begrüßt auch die Tatsache, daß eine Reihe von Parteien sich zu einer Verringerung der Arbeitslosigkeit zusammengeschlossen habe (lärmende Zurufe links. — Zurufe b. d. Nat. Soz.: Es lebe die Demokratie!). Fehler der Vergangenheit müssen vermieden werden, dann wird auch eine Sicherung unserer finanziellen Maßnahmen auch für die Zukunft gegeben sein. (Beifall b. d. Reichsrei.)

Präsident Heide teilt dem Eingang eines kommunistischen Mißtrauensantrages gegen die Reichsregierung mit.

Abg. Stöhr (Nat. Soz.)

beantragt, die Beratungen abzubrechen, um zu den bedeutungsvollen Rundgebungen der Reichsregierung Stellung nehmen zu können.

Der Antrag wird gegen die Rechte einschließlich der Wirtschaftspartei abgelehnt.

Die Ausrede.

In der Aussprache erklärt als erster Nebrer Abg. H. b. r. i. c. h. t. (Komm.) das Wort. Er erklärt zunächst, die kommunistische Partei sei die einzige antifaschistische Partei, und nennt es symbolisch, daß zunächst ein kommunistischer Redner auf die Kanzlerrede antwortet. Die wertvolle Bemerkung, die ich im folgenden Rede vorbringen zu dem Zweck des Kanzlers; man denke nur an den Empfang, den sie ihm in Oberhausen bereitet hat. (Zurufe links hat sich der Saal fast völlig geleert.)

Abgeordneter Dr. Goebbels (Nat.-Soz.)

der dann das Wort erhält, wird von den Kommunisten mit minutenlangen Zurufen empfangen; u. a. ruft ein kommunistischer Abgeordneter: Das ist der germanische Typ! Präsident Heide muß mehrfach um Ruhe bitten. Abgeordneter Dr. Goebbels erklärt, es sei bemerkenswert, daß es der Kanzler überhaupt noch für notwendig gefunden habe, vor diesem Reichstag seine Politik zu verteidigen und daß er nicht einfach aus schon diese Erklärung auf dem Wege der Notverordnung abgegeben habe. Daß der Kanzler programmatische Erklärungen nicht habe abgeben wollen, sei außerordentlich bedauerlich. Es hätten in der Regierungserklärung die Feststellungen über die Ursache der Krise. Die Tatsachen festzustellen, die über keine, habe heute keinen Zweck mehr; die Frage gehe nach den Gründen. Das Volk nehme zu den Taten des Reichskanzlers heute schon eine ganz andere Stellung ein als das sogenannte hohe Haus (Präsident Heide ruft diesen Ausdruck). Die Regierungspolitik sei nicht dazu geeignet, zu einer Vertragsverletzung zu führen. Das Ausland werde dazu auch keine Veranlassung geben, wenn der Haushalt durch die dringlichsten Maßnahmen im Gleichgewicht gehalten werde.

Wenn die Welt jetzt mehr und mehr die Notwendigkeit einer Vertragsverletzung erkenne, so sei das dem Umfange zu verstanden, daß am 14. September 6 1/2 Millionen Deutsche gegen das bisherige System Protest eingelegt hätten (Lebhafter Beifall b. d. Nat.-Soz.).

Wie das Kabinett über den Young-Plan denke, habe man gestern aus einer Erklärung des Reichsarbeitsministers entnehmen können, daß das Kabinett über den Young-Plan abgedrohtene Worte beiseite habe (Zuruf: Auf rechts). Der Redner erinnert an die Notlage des Bauernstandes und des Mittelstandes; das Reich sei ohne Geld und treue die Länder, die Städte ständen vor dem Bankrott. Es ist nicht wahr, so ruft der Redner dem Reichskanzler zu, daß wir diese Katastrophe wollen, diese Katastrophe haben Sie herbeigeführt (lebhafter Zustimmung rufen). Die öffentlichen Ruhe und Ordnung werde in Deutschland nur gefährdet durch die Effizienz dieser Regierung. Die eigenen Väter der Weimarer Verfassung hätten diese Verfassung durchsichert. Der Hochverrat, den man der Opposition vorwerfe, werde tatsächlich von der Regierung betrieben (Beifall b. d. Nat.-Soz.). Der Redner erhält einen Ordnungsruf. Herr Raas hat gesagt, die Nationalsozialisten seien in Urlaub gehen. Das mögen die Young-Parteien tun (Beifall). Der nationalsozialistische Aufruf ist ein Elementarereignis, das man auch mit Geschäftsordnungsrechten nicht zum Stillstand bringen kann. Mit 180 Mann würden wir heute bei Neumahlen in den Reichstag kommen (lebhafter Beifall b. d. Nat.-Soz.). Wir haben oft als Prediger in der Wüste den Ruf erhoben, der heute nun der Aufruf einer ganzen Nation geworden ist: Deutschland erwache! (Zurufe bei den Nat.-Soz. und förmliches Händelackeln.)

Abg. Sollmann (Soz.)

beginnt seine Ausführungen mit der Erklärung, daß man nach dem hemmungslosen Gefühlsausbruch, den man erleben erlebt habe, darüber zweifelhaft sein könne, wo die Grenzen der Psychiatrie begämen. Die Herren Goebbels und Ullrich könnten gemeinsam einen Salon für politische Astrologie aufmachen. (Lach. Sehr gut! b. d. Soz.) Der Redner betont, daß wir auf dem Höhepunkt des größten Hungerwinters seit dem Kriegsende ständen. Wir haben eine verheerende Wirtschaftskrise und eine Hochkonjunktur für politische Phrasen und Wundertabakten.

Die Sozialisten und die Republikaner Deutschlands sind zur höchsten Aktivität erwacht. Dieser Winter zeigt, daß alle Versuche, illegal zur Macht zu kommen, an der politischen Vernunft und an der physischen Kraft der Arbeiterklasse scheitern.

Der Stahlhelm mit seinem Volksbegehren in Preußen, die Nationalsozialisten mit ihrem Antrage auf Reichsaufsicht, wollen neue Panikmischungen erzeugen. Der Wacht wach geht ihnen über alles. Diese Politik hat zum Ziel: erneute Vermählung der Staatsfinanzen, neue Kapitalflucht, neue Kreditwürdigkeiten, neue Zehnerhöhung, geistigen Ruin mittelständischer und bäuerlicher Existenzen, neue Gefahren für Sozialrenten und Beamtengehälter, neuen Wohnbau, weiteres Herabdrücken des Lebensstandards. Die Deutschen und die internationalen kapitalistischen Wirtschaftskräfte waren unfähig, den Weltkrieg zu verhindern, waren unfähig, ihn rechtzeitig zu beenden, unfähig, die sich ergebenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Afflation, der Deflation und des Niederganges der gesamten Wirtschaft zu meistern. Im Deutschland waren sie freilich fähig, politische Söldner zu dinnen, um die kapitalistische Krise in eine Schuld der marxistischen Arbeiter umzuwälzen.

Politische Wirren in Deutschland würden den Beruf weiterer Milliarden Bohn und Renten und neue Steuern für die Massen bringen. Es droht uns die Diktatur des Monarchofaschismus; er will eine kapitalistisch geführte Wirtschaft und eine faschistisch geführte Arbeiterkraft. Der Gemisch von Unfähigkeit und Unehrlichkeit, das die Nationalsozialisten darstellen, liefern wir unser Volk nicht aus. Der Reichskanzler hat in Köln dem Volk die politische Krise beifolgt. Dieses Volk hat das Recht, eine Regierung zu fordern, die das Volk wirklich ist. Die Stunde ruft nach Führern. Diese Führung aber darf nur ein Ziel kennen: Deutsches Volk, deutsche Freiheit und deutsche Zukunft. (Beifall b. d. Soz.)

Der Eindruck der Kanzlerrede

Berlin, 6. Februar.

Die Rede, mit der Reichskanzler Dr. Brüning gestern nachmittag die Etatsberatung des Reichsrats eingeleitet hat, hinterließ, obwohl sie keine Ueberalungen brachte, in parlamentarischen Kreisen einen ausgesprochenen Eindruck. Sie wird in politischen Kreisen der Mitte als eine kluge und energiegeliche Darstellung der tatsächlichen Lage gewertet. Man untertreibt besonders, daß der Kanzler sich mit solchen Nachdruck für die parlamentarische Erledigung des Etats eingeleitet und sie als die Voraussetzung für die Lösung aller anderen großen Fragen bezeichnen hat.

Unter dem Eindruck dieser Kanzlerrede verfiel sich im Reichstag die Ueberzeugung, daß der Reichshaushalt auf dem Wege der Verabschiedung nicht mehr zu verhindern ist, auch durch die außerordentlich heftigen Angriffe von Oppositionsrednern nicht beeinträchtigt werden, zumal Dr. Brüning auf je in einer zweiten Rede mit einer Schärfe antwortete, die seinen Gegnern nichts schuldig blieb. Man hat den Kanzler, der sonst sehr ruhig, ernst und abgewogen zu sprechen pflegt, im Reichstag wohl noch nicht mit einer solchen Leidenschaftlichkeit sprechen gehört. Eine weitere Zustimmung der Gegenseite im Reichstag wird übrigens bei der Behandlung der Uebertragung der Geschäftsordnung erwartet. In Kreisen der Mitte sieht man dieser Entwicklung aber mit absoluter Ruhe entgegen und betont, daß das Kabinett Brüning durch solche Dinge nicht beunruhigt werde.

Stärkung der Regierung.

Die Verständigung zwischen Kanzler und Volkspartei.

Berlin, 5. Februar.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat sich in ihrer Ueberzeugung durchaus positiv zu der Verständigung gestellt, die in der Besprechung in der Reichskanzlei über die Frage eines erforderlichen Sparmaßnahmen erzielt worden ist. Die Zustimmung enthält allerdings den Vorbehalt, daß eine endgültige Stellungnahme erst erfolgen könne, wenn das Kommunique über die Vereinbarung bekannt ist. Schwierigkeiten werden jedoch nicht mehr erwartet, zumal das Kommunique in Übereinstimmung mit dem Führer der Deutschen Volkspartei abgefaßt werden dürfte.

Damit ist die Verständigung eingeleitet, die das Ergebnis der Besprechung der Reichskanzlei erwarten ließen. In politischen Kreisen wertet man die Beilegung der Konflikte als eine weitere Stärkung der Stellung des Reichskabinetts.

Neue Geschäftsordnung.

Die Verhandlungen über eine Verfassungsänderung der Geschäftsordnung des Reichstages sind in einer neuen Besprechung unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten über zum Abschluß gekommen. Als Ergebnis der Verhandlungen werden alle Reichstagsfraktionen mit Ausnahme der Nationalsozialisten

